



Der Besuch Kaiser Wilhelms II. in Westfalen 1909 war von einer breiten Medienkampagne begleitet – und von geheimen Vorbereitungen: Die Amtmänner wurden zu „verschärfter, unauffälliger Überwachung“ verdächtiger Personen aufgefordert.

Foto: Wochenblatt-Archiv

## Streng geheim

Was ein ländlicher Amtmann in Westfalen um 1900 alles erfuhr und niemand sonst wissen durfte: Die „Acta secreta“ einer Dorfgemeinde in Westfalen enthält so manches Dienstgeheimnis.

Eigenhändig! Vertraulich! Geheim! So oder ähnlich steht es auf den meisten Schriftstücken der „Acta secreta“, die im Selmer Stadtarchiv aufbewahrt wird. Wenn um 1900 der landwirtschaftliche und wissenschaftliche Attaché der US-Botschaft unterwegs war, um im amerikanischen Interesse Material über Trichinen zu sammeln, wenn ein medizinisches Privatinstitut in Paris mit einer neuen Methode Nervenkranke heilen wollte, wenn japanische Offiziere, Militäringenieure und -ärzte sich angeblich zu Studienzwecken im Staatsgebiet umsahen – dann war ein geheimer Vermerk auf dem Schreibtisch des Amtmanns von Selm-Bork gelandet. Und ähnlich vermutlich auch in den anderen Amtsbezirken Westfalens. Immer dann hatten Berlin und Münster das Interesse, diese Aktivitäten unter Kontrolle zu halten, auch wenn es den Amtsbezirk nicht unbedingt berührte.

### „Unverfängliche Striche“

Manchmal waren allerdings die Ortsbehörden in der Provinz durchaus betroffen. Eine ausführliche Anleitung beispielsweise, wie die bevorstehenden Aushebungsgeschäfte für die künftigen Soldaten zu organisieren seien, musste befolgt werden – und es musste geheim bleiben. Warum? Dem Vorsitzenden musste vor Beginn der Prozedur ein Verzeichnis der örtlichen Sozialdemokraten übergeben werden – und das sollte wohl nicht publik werden. Und überhaupt galt auch: „Vermerke in den Listen – soweit sie nicht in

leicht zu beseitigenden, für den Uneingeweihten unverfänglichen Bleistiftstrichen bestehen – sind als unstatthaft zu vermeiden.“

### Mädchenhandel im Land?

Auch das Problem des internationalen Mädchenhandels kam über den Dienstweg vom Minister des Innern auf den Schreibtisch des Amtmanns in Westfalen. Die ins Auge gefassten Empfänger waren allerdings die Beamten der Grenzkreise. Dort, so hatte es sich seinerzeit erwiesen, beteiligten sich in erheblichem Maße die Eingesessenen an diesem Handel. Gefährdet waren besonders Frauen und Mädchen, die sich als Kellnerinnen für Anmiekneipen anwerben ließen. Der Regierungspräsident in Münster wurde ersucht, die Verhältnisse im Münsterland „nach den vorbezeichneten Richtungen in einer nach außen nicht hervortretenden Weise einer näheren Prüfung zu unterziehen“. Amtmann Busch in Bork, zur Berichterstattung verpflichtet, konnte zwar nichts zum Thema beitragen, wollte aber seine Meinung dazu loswerden. Er bezeichnete „schlechte Schriften und schlechtes Theater als Grundübel“ für diese Entwicklung. Ein hohes Maß an Geheimhaltung galt auch, wenn kaiserliche und königliche Hoheiten betroffen waren. Es lag im Interesse der Behörden, diese monarchischen Angelegenheiten nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Als in Minden 1901 ein Standbild des Großen Kurfürsten in Gegenwart des Kronprinzen enthüllt werden sollte, informierte der dortige Regierungs-

präsident seine Kollegen in der Provinz. Er forderte sie auf, die „im dortigen Bezirke wohnenden Anarchisten in der nächsten Zeit einer besonders strengen Ueberwachung unterwerfen zu lassen“. Um eine „verschärfte, unauffällige Überwachung der sich in dortigem Bezirke aufhaltenden Ausländer, der etwa vorhandenen Anarchis-

ten, sowie solcher Personen, die der Spionage verdächtig sind“, ging es auch 1909. Damals plante Kaiser Wilhelm II., mit seiner Gemahlin und entsprechend großem Gefolge nach Westfalen zu kommen, um „der Jubelfeier der 300-jährigen Zugehörigkeit der Grafschaft Mark zu Brandenburg-Preußen auf der Hohensyburg im Kreise Hörde beizuwohnen“.

### Amtmann, sei wachsam

Falls irgendwo in Westfalen also beobachtet wurde, dass „der eine oder Andere sich nach auswärts, möglicherweise nach Hohensyburg oder Umgebung begeben wollte“, waren die Amtmänner gehalten, dass „sofort ein geeigneter Polizeibeamter in Zivilkleidung – tunlichst ein Kriminalbeamter – zur ständigen Überwachung nachgesandt“ werde. Der Beamte hatte verdächtigen Personen „in unauffälliger Weise überall hin“ zu folgen und wenn es nötig erschien, zu verhaften. Die Amtmänner sollten außerdem „jede Verdacht erregende Wahrnehmung“, die mit dem Besuch der Majestäten in Verbindung gebracht werden könnte, sofort telegraphisch zu melden. Der kaiserliche Besuch auf der Hohensyburg verlief dann aber ohne besondere Vorkommnisse.

Christel Gewitzsch

## Achtung, Agent aus Amerika

In der Landbevölkerung Westfalens hatte sich der Drang, Preußen zu verlassen und weit weg von der Heimat ein neues Leben zu beginnen, um 1900 deutlich abgeschwächt. Trotzdem beobachteten die Behörden weiterhin alle Werbeaktivitäten der sogenannten „Einwanderungsagenten“.

Sie benötigten eine Erlaubnis und durften nur Verträge mit Auswanderungswilligen abschließen, die nicht mehr der Wehrpflicht unterlagen und polizeilich nicht gesucht wurden. Außerdem durften sie nicht von fremden Regierungen oder von Kolonisationsgesellschaften Bezahlungen oder Vorschüsse empfangen haben.

Die in der „Acta secreta“ angeführten Versuche, für die Auswanderung zu werben, entsprachen diesen Vorschriften nicht. Um die illegalen Agenten zu überführen, empfahl das Ministerium für Handel und Gewerbe ein geheimes Vorgehen, damit Beweise gesichert werden konnten.

1898 erfuhren die Ämterverwaltungen in Westfalen dann „vertraulich

und streng geheim“, dass eine US-amerikanische Einwanderungsagentur im Begriff sei, einen Agenten nach Danzig und Umgebung zu entsenden, der die dortige landwirtschaftliche Bevölkerung zur Auswanderung auffordern soll. Das sei „in unauffälliger Weise“ zu beobachten, vor einer Warnung vor dem Unternehmen in der Presse aber sei abzusehen. Außerdem dürfe „nach außen hin“ die Quelle dieser Mitteilung nicht bekannt werden.

1901 machte dann die Nachricht die Runde, dass die chilenische Regierung mithilfe eines von ihr beauftragten Agenten, im Laufe der nächsten acht Jahre 1000 Colonistenfamilien nach Chile bringen wolle. Im selben Jahr warnte der Vertreter des kaiserlichen deutschen Konsulats im brasilianischen Bundesstaat Sao Paulo vor „einer gesteigerten Agitation“.

Solche Warnungen füllen die Akten vieler westfälischer Amtsverwaltungen. Doch hier war viel übersteigerte Aufregung im Spiel. Zu einer befürchteten Massenauswanderung jedenfalls kam es nicht mehr.